



Medizintechnikbranche wird von Aufträgen überrannt

Das Coronavirus setzt weiten Teilen der Wirtschaft zu. Firmen aus der Medizintechnikindustrie ringen aber mit einem anderen Problem: Sie müssen ihre Kapazitäten innerhalb kurzer Zeit hochfahren.

Reto Zanettin

ZÜRICH. Die Corona-Krise trifft die Wirtschaft in der Schweiz und weltweit hart. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) rechnet laut einer Mitteilung von dieser Woche in ihrem Basisszenario mit einer Rezession im ersten Halbjahr 2020. In einem milderen Szenario würde sich die Schweizer Wirtschaft schneller erholen. Und im schlechtesten Fall wächst das Bruttoinlandsprodukt erst im Jahr 2021 wieder. Einzelne Branchen könnten dem Abschwung standhalten, etwa das Gesundheitswesen, führt die KOF aus. Von einem steigenden Auftragseingang berichten aktuell auch Firmen der Medizintechnikbranche.

Die Hamilton Medical AG etwa, das Unternehmen hat seinen Hauptsitz in Bonaduz (GR), fährt die Produktion von Beatmungsgeräten hoch. Denn die Nachfrage ist ebenso gestiegen, wie das Coronavirus sich ausgebreitet hat. «Wir werden mit Bestellungen überrannt und versuchen nun, innerhalb weniger Wochen unsere Produktionskapazitäten zu verdoppeln», beschreibt Jens Hallek, CEO von Hamilton Medical, gegenüber den SN, was das Unternehmen derzeit und in näherer Zukunft auf Trab halten wird. Die aktuelle Entwicklung zeigt sich in der Tat in den Produktionszahlen des Graubündner Unternehmens: Es stelle unter gewöhnlichen Umständen 220 Beatmungsgeräte pro Woche her, informiert es auf seiner Webseite. Diesen Wert habe Hamilton

Medical im Zuge der Corona-Krise um 50 Prozent erhöht. Und im laufenden Jahr will die Firma über 20000 Beatmungsgeräte herstellen. Das sind über 5000 Stück mehr als in normalen Jahren. Gerade vor wenigen Tagen lieferte das Medizintechnik-Unternehmen 400 Beatmungsgeräte nach Italien, wo die Leute besonders stark unter der Corona-Krise leiden. «Italien war aber bereits in den letzten Jahren ein wichtiger Markt für uns», sagt Jens Hallek. Ein Beatmungsgerät kostet zirka 45000 Franken, allerdings: «Unsere Preise werden dieselben bleiben wie vor dem Ausbruch des Coronavirus», teilt das Unternehmen mit. Es wolle aus der Krise keinen ruchlosen Nutzen ziehen.

Der Nachfrageboom in der Medtech-Industrie fällt in eine heikle Phase. Der Wirtschaftszweig geriet in letzter Zeit unter Druck, nachdem die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ins Stocken kamen. Die EU wolle das bilaterale Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse nicht nachführen, solange der Rahmenvertrag nicht in trockenen Tüchern sei, hiess es aus Brüssel. Im kommenden Mai aber treten neue europäische Konformitätsregeln in Kraft. Die Schweiz könnte danach nur noch als Drittstaat behandelt werden, befürchtet **Jan Atteslander**, Leiter Aussenwirtschaft beim Wirtschaftsdachverband **Economiesuisse**,

im Gespräch mit den SN. Den Schweizer Medtech-Unternehmen drohe der Ausschluss aus dem europäischen Binnenmarkt.

«Corona-Krise ist Gamechanger»

Dieses strukturelle Problem grenzt Atteslander aber von der akuten Situation ab, wie sie sich gegenwärtig präsentiert. «Die Corona-Krise ist ein Gamechanger, sie verändert die Situation grundsätzlich», sagt Atteslander. Eine Pandemie herrsche in Europa. Die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg sei nun elementar, gerade auch weil die Wirtschaft feingliedrig strukturiert sei und Lieferketten nicht unterbrochen werden sollten. «In dieser Lage müssen Behörden und Betriebe in ganz Europa zusammenarbeiten. Sie müssen und werden alles tun, um die Versorgung mit Pharmaprodukten, Medizineralgeräten sowie Lebensmitteln sicherzustellen.» Hamilton-CEO Jens Hallek geht jedoch davon aus, dass das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse im Mai nicht verlängert wird. «Ohne einen Bevollmächtigten im EU/EWR-Raum werden wir nicht mehr dorthin verkaufen können.» Und dies, obwohl das Unternehmen zurzeit seine Kapazitäten erhöht. Im Notfall werde Hamilton Medical die Tochtergesellschaft in Deutschland als Bevollmächtigte einsetzen. Dadurch könnte das Unternehmen seine Produkte auch weiterhin im europäischen Binnenmarkt verkaufen.